

# **Presseerklärung „Ja zur Staatsvertrags-Initiative“**

**Eidgenössische Abstimmung 17. Juni 2012**

**Schleichender EU-Beitritt via Staatsverträge?**

*Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident AUNS, aus PHI 15-16.2012*

Als kleines Land ohne Rohstoffe ist die Schweiz betreffend Durchschnittsbevölkerung weltweit zum Land mit dem höchsten Wohlstand geworden. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieses „Erfolgsmodell Schweiz“ auf unserem politischen System „direkte Demokratie“ basiert. Nirgendwo sonst auf der Welt kann die Bevölkerung bei Sachthemen mitreden wie in der Schweiz. Das Ergebnis spricht für sich; man vergleiche die internationale Entwicklung: Selbst in den angeblich „reichen Staaten“ wie Deutschland und Frankreich macht sich unter der einfachen Bevölkerung erschreckende Armut breit.

**Wieso soll der Grundsatz nicht auch in der Außenpolitik stimmen?**

Mit dieser Initiative soll die direkte Demokratie auch in der Außenpolitik gestärkt werden: Bisher wird nur in ganz seltenen Ausnahmefälle automatisch ein Urnengang durchgeführt. Wenn künftig in allen „wichtigen Bereichen“ bei Staatsverträgen zwingend eine Volksabstimmung stattfindet, werden künftige außenpolitischen Verpflichtungen, welche die Schweiz eingehen soll, breit in der Bevölkerung diskutiert werden. Allein das ist ein unschätzbare Vorteil. Weshalb soll mehr Mitspracherecht in der Außenpolitik negativ sein? Es ist deplaziert, wenn die Gegner in ihren Flugblättern behaupten, die Initiative „führt zu teuren Leerläufen“, sie „schadet der Schweiz, weil sie den Bundesrat bei internationalen Verhandlungen schwächt“ und sie „schadet der Wirtschaft, die auf funktionierende Staatsverträge angewiesen ist. Diese helfen, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern“ (Zitate aus dem gegnerischen Flugblatt; siehe [www.auns-initiative-nein.ch](http://www.auns-initiative-nein.ch)).

**Das Volk ist am wenigsten erpreßbar**

Auch wenn Politiker und Wirtschaftsvertreter mit besten Absichten agieren, sind ihre Entscheidungen in aller Regel interessengebunden. Sie können viel leichter unter Druck gesetzt werden als die gesamte Bevölkerung. Man nehme das jüngste Beispiel der Banken und der „USA-Verträge“, zu denen das Schweizer Volk nichts zu sagen hatte. Ich begreife, daß hohe Banken-Vertreter einknicken und die Übernahme von ausländischen Regeln befürworten, wenn sie befürchten müssen, verhaftet und an die USA ausgeliefert zu werden, wenn sie ins Ausland reisen. Ich begreife auch, daß Wirtschaftsvertreter nachteiligen Gesetzen und Regeln zustimmen, wenn ihnen wirtschaftlich das Wasser am Hals steht oder wenn sie mit ihrer Haltung Aufträge sichern können, die ihnen Gewinne / das vorläufige Überleben sichern. Aber die Bevölkerung als Ganzes läßt sich nicht so leicht unter Druck setzen und sich von Einzelinteressen bzw. von einzelnen Geschäften leiten.

**Politiker und Wirtschaftsvertreter täuschen sich oft**

Ich staune manchmal selbst, wie der „einfache Bürger“ die Zukunft viel besser beurteilt als die politische Elite. Man denke an die kapital falschen Prognosen, die von den Politikern (und auch von Wirtschaftsvertretern) bei der Personenfreizügigkeit und beim Schengen-Abkommen gemacht wurden: das Bankgeheimnis sei gesichert, die Sicherheit in der Schweiz werde durch die Grenzöffnung erhöht, Asylproblem werde weitgehend gelöst, weil man die Asylbewerber in die angrenzenden Länder zurückschicken könne. Die Bevölkerung war und ist viel realistischer. Man denke in diesem Zusammenhang vor allem auch an den „politischen Matchball“, den EU-Beitritt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist und war immer dagegen. Hätten wir auf die maßgebenden Leute in Politik und Wirtschaft gehört, wären wir längst EU-Mitglied. Heute beginnt man zu sehen, in welches Chaos sich die EU hineinmanövriert. Langsam merkt auch die schweizerische Elite, daß das Volk Recht hatte. Was im Grossen gilt (EU-Beitritt), gilt auch im Kleinen (einzelne Staatsverträge). Ich habe mehr Vertrauen in die Schweizer Bevölkerung als in Einzelpersonen, bei denen nie ganz sicher ist, ob sie eigene Interessen vertreten. Mein größeres Vertrauen in die Bevölkerung gilt sogar bei extrem komplexen und schwierigen Themen. Wenn unsere Politiker und Wirtschaftsvertreter ohne Diskussion unvorstellbar teuren „Rettungsfallschirmen“ zustimmen oder ohne mit der Wimper zu zucken unser Nationalbankgold verkaufen, so vertraue ich lieber auf das Sensorium der breiten Bevölkerung; Sie sagt nicht so leicht JA zu Projekten, die zu Fässern ohne Boden ausufern können; ob sie „Brandmauern“, „Solidaritätsstiftungen“, „Ostmilliarden“ oder wie auch immer heißen.

**Der schleichende EU-Beitritt als große Gefahr für die Schweiz**

Man lese weiter im Flugblatt der Gegner der Initiative (wiederum [www.auns-initiative-nein.ch](http://www.auns-initiative-nein.ch)), in welchem eine SP-Ständerätin schreibt: „*Die Welt befindet sich wirtschaftlich und politisch in einer schwierigen Phase. Die Schweiz ist deshalb darauf angewiesen, daß sie außenpolitisch handlungsfähig bleibt. Wir können es uns nicht leisten, international zum Spielball zu werden*“. Und weiter steht im Flugblatt, die Initiative wolle angeblich „*unser Land gegen außen abschotten. (...) Eine gewinnbringende Außenpolitik erfolgt durch die frühzeitige Einbindung der wichtigen politischen Akteure, nicht durch nachgelagerte Volksabstimmungen. Die Schweiz macht sich sonst zur Lachnummer auf dem internationalen politischen Parkett*“.

Solche Aussagen muten im heutigen Umfeld an wie ein Witz. Wer wird denn zum Spielball von wem, wenn das Schweizer Volk nichts zu sagen hat? In jüngster Zeit wird uns mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen gehalten, wie die Schweiz gegenüber dem Ausland bei jeder Gelegenheit einknickt. Es wäre ein riesiger Vorteil, wenn unsere Unterhändler darauf verweisen könnten, daß die Schweizer Bevölkerung die ausgehandelten Verträge nachträglich noch zwingend absegnen muß. Damit wird die Verhandlungsposition der Schweiz gestärkt, nicht geschwächt, wie das die Initiativ-Gegner sagen.

Wenn die erwähnte SP-Ständerätin von „international handlungsfähig bleiben“ redet, müßten ohnehin alle Alarm-Glocken läuten. Daß sie - wie zahlreiche Gegner unserer Initiative - der EU beitreten will, ist seit jeher bekannt. Daß jemand, der in die EU drängt, nie und nimmer für die Ausweitung der direkten Demokratie eintreten kann, ist logisch. Wer will, daß wir uns den Regeln von Brüssel unterwerfen, kann natürlich auf gar keinen Fall eine Lösung akzeptieren, bei der die Schweizer Bevölkerung an der Urne das Sagen behält und andere Lösungen durchsetzen kann, als sie den Machthabern in Brüssel, Washington oder wo auch immer vorschweben. So gesehen ist ein „Ja“ zur Initiative auch ein zusätzliches Bollwerk gegen einen EU-Beitritt.